

Beschluss Griechenland und Bulgarien brauchen die Unterstützung Europas Solidarität und Humanität jetzt!

Gremium: Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Politische Reden

Antragstext

- 1 Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan spielt mit seiner einseitigen
- 2 Öffnung der türkischen Grenze nach Griechenland und Bulgarien ein zynisches
- 3 Spiel. Er will mit verzweifelten Menschen Politik machen und unterläuft mit
- 4 seinem Handeln das EU-Türkei-Abkommen vom 18. März 2016. Er versucht, die
- 5 Europäische Union zu erpressen.

- 6 Doch so abgekartet sein Vorgehen ist – die Flüchtlinge in der Türkei brauchen
- 7 weiterhin die Unterstützung der EU. Zudem darf die Empörung über die türkische
- 8 Regierung nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU angesichts der Vertreibung
- 9 Hunderttausender in der Region Idlib bislang untätig war.

- 10 Vor diesem Hintergrund hat der Landesdelegiertenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 11 Sachsen-Anhalt am 7. März 2020 beschlossen:

- 12 Wir sind entsetzt über die willentlich neu geschaffenen Notlagen an Europas
- 13 Außengrenzen.

- 14 Wir verurteilen den Versuch des türkischen Präsident Recep Tayyip Erdogan,
- 15 syrische Geflüchtete in der Türkei zum Spielball seiner Auseinandersetzungen mit
- 16 der Europäischen Union zu machen.

- 17 Wir sehen die Europäische Union in der Pflicht, Griechenland und Bulgarien bei
- 18 der Bewältigung der schwierigen Situation finanziell und logistisch mit den
- 19 hierfür nötigen Mitteln zu unterstützen. Schutzbedürftige Menschen verdienen
- 20 unsere Hilfe, kein Tränengas.

- 21 Die Europäische Union, Griechenland und Bulgarien müssen unverzüglich für ein
- 22 geordnetes und humanitäres Grenzregime an der EU-Außengrenze sorgen.
- 23 Gewalttätige Zurückweisungen (push backs) an Europas Außengrenzen müssen
- 24 unverzüglich aufhören.

- 25 Wir fordern den schnellen Aufbau von Erstaufnahmeeinrichtungen an den EU-
- 26 Außengrenzen und eine zügige Registrierung und Verteilung von registrierten und
- 27 sicherheitsüberprüften Geflüchteten auf die EU-Länder.

- 28 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordert die Landesregierung auf, die
- 29 vorhandenen Kapazitäten zur Erstaufnahme im Land zu nutzen und der
- 30 Bundesregierung die Aufnahmebereitschaft im Rahmen einer Kontingentlösung zu
- 31 signalisieren.

- 32 Um die humanitäre Katastrophe auf den griechischen Inseln zu beenden, sollen die
- 33 bestehenden Möglichkeiten unseres Bundeslandes genutzt werden, um besonders
- 34 Frauen, Kinder und andere besonders Schutzbedürftige aus der prekären Situation
- 35 zu retten. Das schließt insbesondere Kontingente ein, die die Städte Magdeburg
- 36 und Halle sowie ggf. weitere sachsen-anhaltische Kommunen im Rahmen der
- 37 Initiative „Sicherer Hafen“ eingeräumt haben.